

Schengen oder Scheitern – Gegen Grenzschießungen, für ein vereintes Europa!

Antragssteller*innen: AK Internationales und Europa

Adressat*innen: Unterbezirkskonferenz Jusos München, Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern, Landeskonferenz Jusos Bayern, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

Die Versammlung möge beschließen:

1925 beschloss die SPD im Heidelberger Programm. Es bildet einen zentralen Bestandteil der Wertebasis der SPD. Es verpflichtet die Partei zur Überwindung nationaler Grenzen, zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit und zur Bildung der Vereinigten Staaten von Europa. Schon damals erkannte die SPD, dass Solidarität und der Abbau von Grenzen entscheidend sind, um Frieden und Gerechtigkeit zu sichern. Diese internationalistische Tradition der SPD ist heute wichtiger denn je. In einer Zeit, in der Nationalismus wieder an Boden gewinnt und Faschist*innen die Demokratie gefährden, dürfen wir nicht die Grundwerte des Heidelberger Programms vergessen.

Knapp 100 Jahre später entschließt sich nun eben eine Sozialdemokratin, diese Grundwerte zu verwerfen.

Wir Jusos als Internationalist*innen verurteilen daher die Entscheidung der Bundesregierung durch Bundesinnenministerin Nancy Faeser und damit Teilen der SPD, am 16.09.2024 Grenzkontrollen an deutschen Grenzen wieder einzuführen, scharf. Diese Maßnahme stellt einen klaren Bruch mit den Grundwerten des Schengen-Abkommens dar und gefährdet die europäische Idee von Freiheit und Solidarität. Sie widerspricht nicht nur der europäischen Integration, sondern auch den grundlegenden Prinzipien der internationalen Zusammenarbeit, für die die SPD stets eingetreten ist. Darüber hinaus gefährden solche Grenzkontrollen den europäischen Binnenmarkt, der für Deutschland und seine exportorientierte Wirtschaft von enormer Bedeutung ist. Als Partei, die sich der Überwindung von Grenzen zwischen Völkern und Staaten verpflichtet hat, darf die SPD solche Alleingänge nicht dulden.

Die Grenzkontrollen an den deutschen Grenzen sind ein beunruhigendes Zeichen für eine Rückkehr zu nationalen Egoismen, die Europa schwächen und spalten. Diese Maßnahme ist reine Symbolpolitik, und die geplanten Zurückweisungen von Asylsuchenden an der Grenze verstoßen eindeutig gegen geltendes europäisches und internationales Recht. Alleingänge wie diese führen zu einem Rückschritt in nationalistische Denkmuster, die die europäische Einigung gefährden.

Schengen ist nicht nur ein technisches Abkommen, sondern der Inbegriff des freien Personenverkehrs und der europäischen Solidarität. Die heftige Kritik unserer

Nachbarstaaten, die über Faesers Pläne nicht rechtzeitig informiert wurden, verdeutlicht, wie sehr dieses Vorgehen das Vertrauen innerhalb der EU belastet. Wenn wir zulassen, dass Mitgliedstaaten wie Deutschland eigenmächtig Grenzkontrollen einführen, riskieren wir, der europäischen Idee nachhaltig zu schaden.

Wir fordern daher eine Rückkehr zu den ursprünglichen Vereinbarungen des Schengen-Abkommens. Nationale Alleingänge, wie sie durch die Grenzkontrollen Deutschlands angestoßen wurden, müssen verboten werden. Ein vereintes Europa kann nur funktionieren, wenn alle Mitgliedstaaten an einem Strang ziehen. Verstöße gegen diese Prinzipien müssen durch die EU-Institutionen konsequent verfolgt werden.

Deshalb fordern wir die SPD auf:

1. **Keine Grenzkontrollen innerhalb Europas!** Die Bundesregierung muss die Entscheidung vom 16.09.2024 revidieren und sich verpflichten, sowohl jetzt als auch in Zukunft auf innereuropäische Grenzkontrollen zu verzichten. Statt auf nationale Alleingänge zu setzen, muss die Bundesregierung die Prinzipien des freien Personenverkehrs innerhalb Europas aktiv verteidigen und Grenzsicherungen als Mittel der Krisenbewältigung kategorisch ausschließen.
2. **Verbot nationaler Alleingänge!** Die SPD muss sich auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass Mitgliedsstaaten künftig keine eigenmächtigen Grenzsicherungen oder Grenzkontrollen durchführen dürfen. Nationale Alleingänge gefährden den Zusammenhalt der EU und müssen unterbunden werden.
3. **Solidarität statt Isolation!** Wir fordern eine europäische Migrationspolitik, die auf Solidarität und Verantwortungsteilung basiert, statt auf nationalistischen Alleingängen. Alle Mitgliedstaaten müssen ihrer Verpflichtung zur Zusammenarbeit nachkommen.
4. **Internationalismus statt Nationalismus!** Die SPD muss ihrer internationalen und sozialdemokratischen Tradition gemäß handeln, wie sie im Heidelberger Programm festgelegt ist. Nationalistische Tendenzen, die durch Grenzsicherungen befeuert werden, widersprechen den Grundsätzen der SPD und dürfen nicht toleriert werden.
5. **Mehr Europa wagen!** Wir fordern die SPD auf, die europäische Integration voranzutreiben und ein starkes, geeintes Europa zu verteidigen. Die Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit ist der Schlüssel, um globale Herausforderungen wie Migration, Klimawandel und soziale Ungerechtigkeit solidarisch zu bewältigen.